

**Pierre
Bourdieu**



***Die öffentliche
Meinung
gibt es nicht***

suhrkamp

SV

Kein Produktlaunch ohne vorherige Umfrage, keine Wahl ohne exzessive Demoskopie. Zeitgenössische Gesellschaften scheinen nicht mehr ohne Meinungsforschung auszukommen. Nur leider existiert ihr Gegenstand von sich aus nicht. Und diese Forschung ist auch keine Wissenschaft, so sehr sie als solche auftritt. Pierre Bourdieu entlarvt Umfragen als Mittel, die im Kampf um die Definition der sozialen Realität zum Einsatz kommen. Sie sind nämlich keineswegs neutral, und sie bringen gezielt etwas hervor, was es ohne sie nicht gibt: die öffentliche Meinung.

Pierre Bourdieu (1930-2012) war ein französischer Soziologe und Sozialphilosoph. Er gehört zu den einflussreichsten Soziologen seiner Generation. Seine wichtigsten Bücher liegen im Suhrkamp Verlag vor, darunter sein Hauptwerk *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft* (stw 658).

Pierre Bourdieu
Die öffentliche Meinung
gibt es nicht

*Aus dem Französischen von
Hella Beister und Bernd Schwibs*

Suhrkamp

Originalausgabe

© dieser Ausgabe Suhrkamp Verlag GmbH, Berlin, 2026

© 1981-2002 (Text 1) by Les Editions Minuits

© 1987 by Les Editions Minuits (Text 2)

Alle Rechte vorbehalten. Wir behalten uns auch eine Nutzung des Werks für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG vor.

Umschlaggestaltung: Studio HanLi, Berlin

Umschlagabbildung: Gerd Arntz, Isotype 0879,

© VG Bild-Kunst, Bonn 2026

Satz: Satz-Offizin Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn

Druck: C. H. Beck, Nördlingen

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-58860-4

Suhrkamp Verlag GmbH

Torstraße 44, 10119 Berlin

info@suhrkamp.de

www.suhrkamp.de

Inhalt

Die öffentliche Meinung gibt es nicht

7

Meinungsforschung –

Eine »Wissenschaft« ohne Wissenschaftler

31

Editorische Notiz

48

Die öffentliche Meinung gibt es nicht

Zunächst einmal möchte ich klarstellen, dass es mir nicht darum geht, mechanisch-oberflächlich Kritik an den Meinungsumfragen zu üben, sondern darum, zu einer sachlichen Analyse ihres Funktionierens und ihrer Funktion zu kommen. Was voraussetzt, dass man die drei Postulate hinterfragt, die implizit in sie eingehen. Jede Meinungsumfrage setzt voraus, dass jeder Mensch eine Meinung haben kann; oder, anders gesagt, dass die Produktion einer Meinung in jedermanns Reichweite liegt. Dieses erste Postulat möchte ich bestreiten, auch wenn ich damit ein naiv-demokratisches Empfinden vor den Kopf stoße. Zweites Postulat: Es wird vorausgesetzt, dass alle Meinungen gleichwertig sind. Dass dem nicht so ist und dass das Kumulieren von Meinungen, die keineswegs dieselbe reale Macht haben, zur Produktion sinnloser Artefakte führt, lässt sich meiner Meinung nach beweisen. Drittes implizites Postulat: Mit dem simplen Tatbestand, dass allen Leuten dieselbe Frage gestellt wird, ist die Hypothese impliziert, dass es einen Konsensus über die Probleme gibt, anders gesagt, ein Einverständnis über die fragwürdigen Fragen. Diese drei Postulate implizieren meiner Meinung nach eine ganze Rei-

he von Verzerrungen, die sich auch dann nachweisen lassen, wenn bei der Erhebung und Auswertung der Daten alle methodologischen Voraussetzungen streng erfüllt sind.

Sehr oft werden Meinungsumfragen technisch kritisiert. Zum Beispiel wird die Repräsentativität der Stichproben in Frage gestellt. Dieser Einwand hat meiner Meinung nach beim heutigen Stand der von den Meinungsforschungsinstituten verwendeten Instrumente keine rechte Grundlage mehr. Weiterhin wird kritisiert, die Fragestellungen seien verzerrt oder vielmehr, die Fragen seien verzerrend formuliert: Das stimmt schon eher, und es kommt oft vor, dass durch die Art der Fragestellung eine bestimmte Antwort induziert wird. So werden zum Beispiel häufig – unter Verstoß gegen eine elementare Regel der Fragebogenkonstruktion, der zufolge allen möglichen Antworten »eine Chance« gegeben werden muss – bei den Fragen oder bei den vorgegebenen Antworten mögliche Optionen weggelassen oder auch ein und dieselbe Option in jeweils anderer Formulierung mehrfach aufgeführt. Es gibt alle möglichen Verzerrungen dieser Art, und es wäre interessant, einmal den sozialen Bedingungen ihres Auftretens nachzugehen. Meistens hängen sie mit den Bedingungen zusammen, unter denen diejenigen arbeiten, die die Fragebögen produzieren; vor allem aber damit, dass die von den Meinungsfor-

schungsinstituten fabrizierten Problemstellungen von einer Nachfrage besonderer Art abhängig sind. Bei unserer Analyse einer großen landesweiten Umfrage zum Verhältnis der Franzosen zum Bildungssystem haben wir deshalb aus den Archiven einer Reihe von Meinungsforschungsinstituten sämtliche Fragen herausgesucht, die zum Bildungssystem gestellt worden waren. Dabei kam heraus, dass es seit Mai 1968 über zweihundert Fragen zum Bildungssystem gegeben hatte, gegenüber weniger als zwanzig zwischen 1960 und 1968. Das bedeutet, dass die Probleme, denen derartige Organisationen meinen nachgehen zu müssen, grundsätzlich konjunkturbedingt und abhängig von einer bestimmten Art gesellschaftlicher Nachfrage sind. Ein Meinungsforschungsinstitut kann zum Beispiel Fragen zum Bildungssystem erst dann stellen, wenn dieses ein Politikum geworden ist. Man sieht sofort den Unterschied zwischen solchen Institutionen und den großen Forschungsinstituten, die ihre Problemstellungen zwar auch nicht gerade ins Blaue hinein formulieren, aber doch in jedem Falle eine sehr viel größere Distanz zur gesellschaftlichen Nachfrage in ihrer direkten, unmittelbaren Form wahren.

Eine summarische statistische Analyse der gestellten Fragen ergab, dass sie ganz überwiegend direkt mit den politischen Fragen zusammenhingen, die die »Politiker« gerade beschäftigten. Wenn ich Sie heute Abend

zum Spaß einmal bitten würde, die fünf Ihrer Meinung nach wichtigsten Fragen zum Bildungswesen auf einen Zettel zu schreiben, dann käme dabei mit Sicherheit eine ganz andere Liste heraus als die, die sich aus den bei den Meinungsumfragen tatsächlich gestellten Fragen ergibt. Sehr oft taucht zum Beispiel die Frage auf (oder Varianten dieser Frage), ob Politik in den Gymnasialunterricht gehört, während Fragen nach der Veränderung von Lehrplänen oder Lehrmethoden nur ganz selten vorkommen, genauso wie die Frage nach einer Reform der Lehrerbildung. Lauter Fragen, die – zumindest unter anderen Gesichtspunkten – sehr wichtig sind.

Probleme, die bei Meinungsumfragen vorgelegt werden, sind von politischen Interessen abhängig, und das hat einen sehr starken Einfluss sowohl auf die Bedeutung der Ergebnisse selbst als auch auf die Bedeutung, die die Veröffentlichung dieser Ergebnisse bekommt. Auf ihrem heutigen Stand ist die Meinungsumfrage ein Instrument des politischen Handelns; vielleicht besteht ihre wichtigste Funktion darin, die Illusion zu vermitteln, dass es eine öffentliche Meinung als rein additive Summierung individueller Meinungen gibt; die Vorstellung also, es gäbe so etwas wie einen Durchschnitt der Meinungen oder eine Durchschnittsmeinung. Die »öffentliche Meinung«, die auf den Titelseiten der Zeitungen in Form von Prozentzahlen zu

Wort kommt (60 % der Franzosen sind dafür, dass ...), diese öffentliche Meinung ist schlicht und einfach ein *Artefakt*, das die Funktion hat zu verschleiern, dass der Meinungsstand zu einem gegebenen Zeitpunkt ein System von Macht- und Spannungsverhältnissen darstellt und dass zur Wiedergabe des Meinungsstandes nichts weniger geeignet ist als eine Prozentangabe.

Jede Machtausübung geht bekanntlich mit einem Diskurs einher, dessen Ziel die Legitimierung der Macht dessen ist, der sie ausübt; man kann sogar sagen, dass es ein Charakteristikum aller Machtverhältnisse ist, dass sich die Macht in ihnen nur in dem Maße voll entfalten kann, wie sie als Machtverhältnisse verschleiert sind. Kürzer und einfacher: Ein Politiker ist einer, der sagt: »Gott ist mit uns«, wozu das zeitgemäße Äquivalent lautet: »Die öffentliche Meinung ist mit uns.« Das ist der Grundeffekt der Meinungsumfrage: die Vorstellung zu erzeugen, dass es eine einmütige öffentliche Meinung gibt, also eine bestimmte Politik zu legitimieren und die Machtverhältnisse zu festigen, die dieser Politik zugrunde liegen oder sie möglich machen.

Da ich nun gleich zu Anfang gesagt habe, was ich eigentlich erst zum Schluss sagen wollte, will ich versuchen, kurz die Operationen zu skizzieren, mit denen dieser *Konsensuseffekt* produziert wird. Die erste Ope-

ration, die von dem Postulat ausgeht, jeder Mensch müsse eine Meinung haben, besteht darin, bei den Antworten die »Enthaltungen« unter den Tisch fallen zu lassen. Sie stellen zum Beispiel die Frage: »Sind Sie für die Regierung Pompidou?« Sie zählen 30 % »keine Angabe«, 20 % »ja«, 50 % »nein«. Jetzt können Sie sagen: Der Anteil der Leute, die gegen die Regierung Pompidou sind, ist größer als der Anteil der Leute, die für sie sind, und dann gibt es noch diesen Rest von 30 %. Sie können aber auch die Prozentzahlen um die Nicht-Antworten »bereinigen« und neu berechnen. Diese einfache Entscheidung ist eine ungeheuer wichtige theoretische Operation, die wir uns etwas genauer ansehen wollen.

Eliminiert man die Nicht-Antworten, macht man mit ihnen, was bei den Wahlen mit nicht ausgefüllten oder ungültigen Stimmzetteln gemacht wird; man zwingt also der Meinungsumfrage die implizite Philosophie der Wahlen auf. Sieht man sich die Enthaltungen einmal näher an, stellt sich heraus, dass der Prozentsatz der Enthaltungen bei Frauen allgemein höher ist als bei Männern und dass die Diskrepanz zwischen Frauen und Männern umso größer ist, je mehr die Fragen politisch im engeren Sinne sind. Und weiter: Je mehr die Fragen Wissensfragen sind, Kenntnisse voraussetzen, desto größer ist die Diskrepanz zwischen den mehr und den weniger Gebildeten. Betref-

fen die Fragen dagegen ethische Probleme (Beispiel: »Soll man streng zu den Kindern sein?«), variieren die Nicht-Antworten nur schwach mit dem Bildungsniveau. Und noch weiter: Je mehr eine Frage an Konflikte rührt, den Kern von Widersprüchen anspricht (etwa eine Frage zur Situation in der Tschechoslowakei bei Leuten, die die Kommunisten wählen), desto mehr Spannungen erzeugt sie bei einer bestimmten Kategorie von Leuten und desto häufiger sind bei dieser Kategorie die Nicht-Antworten. Folglich ergibt schon die einfache statistische Analyse der Enthaltungen eine Information über die Bedeutung der Frage und über die betreffende Kategorie von Befragten, wobei sich diese Kategorie ebenso sehr über die *Wahrscheinlichkeit* definiert, *dass sie überhaupt eine Meinung hat*, wie über die bedingte Wahrscheinlichkeit, dass sie eine positive oder negative Meinung hat.

Die wissenschaftliche Analyse von Meinungsumfragen zeigt, dass es praktisch kein Problem gibt, das für alle gilt; und keine Frage, die nicht abhängig von den Interessen der Leute, denen man sie stellt, uminterpretiert wird, womit das erste Gebot also wäre, sich zu fragen, auf welche Frage die verschiedenen Kategorien von Befragten eigentlich zu antworten meinten. Einer der gefährlichsten Effekte der Meinungsumfrage ist, dass sie die Menschen unter Zugzwang setzt, auf eine Frage zu antworten, die sie sich nicht

gestellt haben. Das können zum Beispiel Fragen sein, bei denen es um Probleme der Moral geht – Erziehungsverhalten von Eltern, Lehrer-Schüler-Verhältnis, direktive oder nicht-direktive Pädagogik usw. –, Probleme also, die umso stärker als ethische Probleme wahrgenommen werden, je tiefer man in der sozialen Hierarchie geht, für die oberen Klassen jedoch durchaus politische Probleme sein können: Einer der Effekte der Befragung besteht darin, ethische Antworten in politische Antworten zu verwandeln, und zwar durch den einfachen Effekt der Problemvorgabe.

Tatsächlich gibt es mehrere Prinzipien, die zur Produktion einer Antwort führen können. Da gibt es zunächst das, was man – bezogen auf eine zugleich willkürliche und legitime, das heißt herrschende und als herrschende verschleierte Definition von Politik – *politische Kompetenz* nennen könnte. Diese politische Kompetenz ist nicht universell verbreitet. Sie variiert im Großen und Ganzen wie das Bildungsniveau. Mit anderen Worten, die Wahrscheinlichkeit, dass jemand eine Meinung zu all jenen Fragen hat, die politisches Wissen voraussetzen, ist ungefähr gleich der Wahrscheinlichkeit, dass jemand ins Museum geht. Man kann da ganz gewaltige Unterschiede feststellen: Wo ein Student, der in einer linken Bewegung aktiv ist, fünfzehn unterschiedliche Strömungen links von den Sozialisten ausmacht, ist für eine mittlere Führungs-

kraft gar nichts. Auf der politischen Skala (linksextrem, links, linke Mitte, Mitte, Mitte-rechts, rechts, rechtsextrem), die die »politikwissenschaftlichen« Umfragen verwenden, als wäre sie das Selbstverständlichste von der Welt, nutzen bestimmte soziale Gruppen intensiv ein kleines Spektrum der extremen Linken; andere nur die Mitte, wieder andere die ganze Skala. Letztlich sind Wahlen die Aggregation völlig verschiedener Räume; man addiert Leute, die in Zentimetern messen, mit Leuten, die in Kilometern messen, oder besser Leute, die die Skala von 0 bis 20 nutzen, und Leute, für die es nur 9 bis 11 gibt. Die Kompetenz bemisst sich unter anderem am Feinheitsgrad der Wahrnehmung (das ist bei der ästhetischen Wahrnehmung genauso, wo manche Leute bei ein und demselben Maler fünf oder sechs Perioden unterscheiden können).

Dieser Vergleich lässt sich noch weiterführen. Bei der ästhetischen Wahrnehmung gibt es eine erste, permissive Bedingung: Die Leute müssen ein Kunstwerk als Kunstwerk auffassen; haben sie dann das Kunstwerk als Kunstwerk wahrgenommen, müssen sie über Wahrnehmungskategorien verfügen, um es zu konstruieren, zu strukturieren usw. Nehmen wir nun einmal die folgende Frage an: »Sind Sie für direktive oder nicht-direktive Erziehung?« Für bestimmte Leute kann sich das, da die Vorstellung von der Eltern-Kind-

Beziehung Teil eines systematischen Gesellschaftsbildes ist, als politische Frage darstellen; für andere ist die Frage rein moralisch. So werden bei dem Fragebogen, den wir gemacht haben und in dem wir die Leute fragen, ob es für sie mit Politik zu tun hat oder nicht, wenn man streikt, lange Haare hat, zu einem Pop-Festival geht usw., sehr große Unterschiede deutlich, die von der sozialen Klasse abhängig sind. Die erste Bedingung dafür, dass man auf eine politische Frage angemessen antworten kann, ist also die Fähigkeit, sie als politische wahrzunehmen; hat sich die Frage als politische ausgewiesen, ist die zweite Bedingung dann die Fähigkeit, politische Kategorien im eigentlichen Sinne auf sie anzuwenden, die mehr oder weniger adäquat, mehr oder weniger fein abgestuft usw. sein können. Dies sind die spezifischen Produktionsbedingungen der Meinungen, die die Meinungsumfrage mit dem ersten Postulat – dass jeder Mensch eine Meinung produzieren kann – als überall und überall gleich gegeben unterstellt.

Das zweite Prinzip, aufgrund dessen Menschen eine Meinung produzieren können, ist das, was ich das »Klassenethos« nenne (um nicht »Klassenethik« zu sagen), das heißt ein System impliziter Werte, die die Menschen von Kindheit an verinnerlicht haben und auf deren Grundlage sie Antworten auf die unterschiedlichsten Probleme generieren. Kohärenz und Logik

von Meinungen, die die Leute nach einem Fußballspiel zwischen Roubaix und Valenciennes äußern, verdanken sich größtenteils diesem Klassenethos. Sehr viele Antworten, die als politische Antworten angesehen werden, werden in Wirklichkeit auf Grundlage des Klassenethos produziert und können infolgedessen eine völlig andere Bedeutung bekommen, wenn sie auf dem Terrain der Politik interpretiert werden. Hier ist auf eine soziologische Tradition zu verweisen, die vor allem bei bestimmten Politik-Soziologen in den Vereinigten Staaten verbreitet ist, die ganz allgemein vom Konservatismus und Autoritarismus der unteren Klassen sprechen. Diese Thesen basieren auf dem internationalen Vergleich von Umfragen oder Wahlergebnissen, die zeigen sollen, dass die Unterklassen jedes beliebigen Landes, wenn man sie zu Problemen wie Autorität, Freiheit des Einzelnen, Pressefreiheit usw. befragt, »autoritärere« Antworten geben als die anderen Klassen; und es wird daraus global auf einen Konflikt zwischen den demokratischen Werten (bei dem Autor, an den ich hier denke, Lipset, handelt es sich um die amerikanischen demokratischen Werte) und den von den unteren Klassen verinnerlichten autoritären und repressiven Werten geschlossen. Von da aus lässt sich dann so etwas wie eine eschatologische Vision ableiten: Wir müssen Lebensstandard und Bildungsniveau anheben, denn da die Neigung zu Re-